Herr Raubach erläuterte für diesen und den nachfolgenden Tagesordnungspunkt, dass die vorgesehenen Steuererhöhungen Bestandteil des vom Rat mit dem Haushalt 2010 beschlossenen Haushaltssicherungskonzeptes seien. Trotz der konjunkturbedingten Verbesserung der Haushaltssituation bestünden weiterhin Defizite. Der Haushaltsausgleich sei verpflichtend schnellst möglich wieder herzustellen. Dazu gehöre die Umsetzung der im Haushaltssicherungskonzept beschlossenen Maßnahmen.

Für die SPD-Fraktion teilte Herr Knülle mit, dass dem Beschlussvorschlag nicht gefolgt werden könne, da über den Haushalt 2011 noch nicht beraten worden sei. Die Bürger müssten mit Kostenerhöhungen an verschiedenen Stellen kämpfen. Bevor eine weitere Belastung durch Steuererhöhungen erfolge, müssten die Ausgabepositionen genauestens auf Einsparpotentiale geprüft werden. Entsprechende Deckungsvorschläge für den Umfang der beabsichtigten Steuererhöhungen werde die SPD-Fraktion zu den kommenden Haushaltsberatungen herausarbeiten.

Die CDU-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen. Herr Schell erläuterte, die mit den beabsichtigten Steuererhöhungen zusätzlich erzielten Einnahmen seien bei der perspektivischen Bewertung, den Haushalt zu stabilisieren, eingeflossen. Zudem würden die Einnahmen zum Wohle der Bürger verwendet.

Auch die Fraktion AUFBRUCH! werde zustimmen. Herr Köhler begründete dies mit den anstehenden, erheblichen Ausgaben im investiven Bereich. Hierfür müssten auch Einnahmen erzielt werden. Die bereits vorliegende Beschlussfassung zum Haushaltssicherungskonzept sei nun umzusetzen.

Frau Jung vertrat für die FDP-Fraktion die Auffassung, dass es sich um eine moderate Steuererhöhung handle, die im Haushaltssicherungskonzept vorgesehen sei.

Die Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN resultiere – so Herr Piéla – aus der nur bescheidenen Steuererhöhung. Die Gesamtbelastung für einen Haushalt sei nur geringfügig. Wenn entsprechende Maßnahmen im investiven Bereich erfolgen, halte er die Erhöhung für gerechtfertigt.

Anschließend fasste der Rat folgenden Beschluss.